Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 77 (1997)

Heft: 11

Artikel: Multi-polare Ordnung für die Welt : von politischen Erkenntnissen und Problemen der Umsetzung

Autor: Hensel, Gert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165795

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gert Hensel

Multi-polare Ordnung für die Welt

Von politischen Erkenntnissen und Problemen der Umsetzung

Lexika geben eine unterschiedliche, aber doch ähnliche Definition der Begriffe «Utopie» und «Vision». Eine Utopie wird demnach eindeutig als ein unausführbar geltender Plan ohne reale Grundlage bezeichnet, eine Vision immerhin ein von jemandem in bezug auf die Zukunft entworfenes Bild genannt, was die Chance einer Verwirklichung impliziert – dennoch finden sich auch hier die Zusätze: Traumgesicht und Trugbild! In der Folge dieses Beitrages, mit dem erneut für eine veränderte globale Ordnung plädiert wird (siehe «Schweizer Monatshefte» 7/8, 1994), setzen wir darauf, dass das in bezug auf die Zukunft entworfene Bild durchaus mit realen Grundlagen in der politischen Landschaft zu tun hat, ohne ein Traum- oder Trugbild zu sein. Wir verweisen dabei auf den Befund des deutschen Bundespräsidenten *Roman Herzog* bei seiner «Berliner Rede», wonach das eigentliche Problem der Gesellschaft beim *Aufbruch ins 21. Jahrhundert* ein *«mentales Problem»* sei. Sein Credo: *Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.*

Das Wissen, dass dem Frieden zwischen den Völkern nur eine konsequente *«Weltinnenpolitik»* dienen kann, stammt aus der Zeit, als *Hans Dietrich Genscher* noch Aussenminister Deutschlands war – wir haben seitdem ein Umsetzungsproblem! Die Erkenntnis, dass weder eine einzelne Person noch eine Partei oder eine Regierung (ein Staat) alleine mit all den Schwierigkeiten der Gegenwart und Zukunft zu Rande kommen wird, ist alt – wir haben immer noch das gleiche Umsetzungsproblem! Die Erkenntnis, dass ein geeintes Europa seinen Platz in der globalen Politik finden muss, ist inzwischen eine Binsenweisheit und politische Möglichkeit – auch hier haben wir ein Umsetzungsproblem! Erst eine Abkehr von antiquierten Konzepten und Strategien, die der Umsetzung der obgenannten Erkenntnisse im Wege liegen, werden den gordischen Knoten der gegenwärtigen, immer heftiger werdenden Verwicklung lösen. Doch auch dieses Bewusstsein ist von gestern – ungeachtet dessen soll nochmals versucht werden, die einzelnen Befunde neu zu vernetzen, um das in die Zukunft entworfene Bild klarer zu erkennen, in der Hoffnung, dass diese Übung der Umsetzung in die politische Praxis behilflich ist.

Beim Stichwort «Europa» zeigt sich vor Ort deutlich, dass antiquierte Vorgaben Unheil anrichten – denn welches Europa ist gemeint? Im politischen Diskurs gibt es dazu u. a. die folgenden Varianten: ein Europa, das von «Vancouver bis Wladiwostok» reicht, *«the whole EuroAtlantic area»* umfasst (div. NATO-Kommuniques), vom «Atlantik bis zum Ural» integriert ist, sich von der «Arktis bis zum Schwarzen Meer» ausbreitet, oder, als *«neues psychologisches Umfeld für ganz Europa»,* eine Gemeinschaft der Demokratien von Vancouver bis Tokio darstellt (Strategiepapier der *Bertelsmann*-Stiftung).

Realistischer klingt da inzwischen der bereits zitierte Bundespräsident *Herzog.* Spricht er 1996 im Elysée-Palast noch von einem Europa, *«dessen Wiedergeburt wir derzeit erleben»,* so hat er in seiner Rede bei der Entgegennahme des Internationalen Karlspreises Anfang Mai dieses Jahres eine neue, modifizierte Europäische Union im Visier. Zitat:

«In der Welt, die wir unseren Kindern hinterlassen, wird es grosse geistige und ökonomische Machtblöcke geben, die zu uns in Konkurrenz stehen – fast anderthalb Milliarden Chinesen, eine Milliarde Moslems, eine Milliarde Hindus, Hunderte Millionen Amerikaner, Russen, Schwarzafrikaner. Sie werden den Platz in der Weltpolitik einnehmen, der ihnen von Rechts wegen gebührt, und wir – gerade eine halbe Milliarde Europäer – werden unseren Platz nur behalten, wenn wir einig auftreten und, was noch viel wichtiger ist, auch einig sind.

Diesem Ziel dient unser Bemühen, nicht irgendeiner Gigantonomie ökonomischer Art, nicht irgendeinem Streben nach Weltherrschaft. Friedlich und in gegenseitigem Respekt wollen wir mit den anderen Regionen der Welt zusammenleben. Aber wir wollen auch unsere eigenen Überzeugungen und Lebensformen bewahren. Dazu brauchen wir das geeinte Europa.»

Erinnern wir also im Anschluss an dieses Zitat an jene skizzierte Ordnung mit neun föderal gegliederten «global areas» aus dem Jahre 1994 («Ideen zur Zukunft der UNO», «Schweizer Monatshefte» 7/8, 1994), die wir als Völker- und Kultur-Gemeinschaften bzw. Zivilisationen bezeichnet haben – als kontinentale Vereinte Staaten und Regionen (VSR) gewissermassen (ein, zugegeben, noch nicht voll befriedigender Begriff) – zu denen die VSR der EU, von

Nord-Amerika und Süd-Amerika, von Afrika, der GUS (im Konzept Euro-Asien genannt), von Indo-Asien, sowie arabische, asiatische und pazifische «global areas» gehören. Eine VSR EU wird dabei z. B. ebenso wenig die Basken in ihrer Region nicht durch eine alte Grenze trennen dürfen und zu «Minderheiten» zweier Nationalstaaten machen, wie in der VSR Nord-Amerika die Mohawk oder andere Indianer-Volksgruppen in ihren Siedlungsräumen getrennt werden dürfen. Dem föderalen System der «global areas» liegen Volksgruppen-Grenzen zugrunde, in Form von Kultur-Grenzen als Ausgangspunkt der administrativen Verwaltung und Dienstleistung für die gesamte Zivilgesellschaft der jeweiligen «global area», der (wie *Roman Herzog* sie nennt) *«grossen geistigen und ökonomischen Machtblöcke»*. Wenn die internationale Politik die Erkenntnis beherzigt, wonach *«ein stabiles Europa ... ein Europa (ist), in dem die Völker demokratisch ihren Willen äussern können ...»* – wie Abschnitt 5 im Dokument der Abschlusskonferenz zum Stabilitätspakt für Europa im März 1995 in Paris postuliert –, wird sie eine historische Bringschuld einlösen. Im Respekt für die Lebensräume und verschiedenen Charaktere der Volksgruppen im gesamten Gebiet einer «global area» werden diese «Entitäten» völkerrechtlich, mitsamt ihren *«wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten»*, anerkannt – zusätzlich zu und in Verbindung mit den «bürgerlichen und politischen Rechten» des jeweils individuellen Mitglieds der Zivilgesellschaften in den neuen staatlichen Einheiten.

> *Dem föderalen System der «global areas» liegen Volksgruppen-Grenzen zugrunde, in Form von Kultur-Grenzen als Ausgangspunkt der administrativen Verwaltung und Dienstleistung für die gesamte Zivilgesellschaft.*

Beispiele wie Tirol oder Belgien, Entwicklungen wie in England oder sogar im früheren Jugoslawien weisen den Weg in diese neue Ordnung. Nicht als Grenzen gelten dabei differierende Religionen; Russland gehört z. B. nicht deshalb bis zum Ural zur Europäischen Union, weil die Grenzen der orthodoxen Kirche als Ausfluss der alten europäischen Zivilisations-Ausdehnung dort verlaufen; und gleiches gilt für katholische Grenzen in Georgien oder sonstwo. Und um der provokanten These noch ein Argument hinzuzufügen, sei vermerkt, dass auch die Türkei nicht deshalb zur Europäischen Union zu rechnen ist, nur weil sie (aus Zeiten des kalten Krieges) Mitglied der NATO ist.

Wenn wir durch den Nebel von Pressehalbwahrheiten und Geheimdiplomatie zu neuem Wissen gelangen wollen, so geht es beim Widerstand der Russischen Föderation gegen eine «Ost-Erweiterung» doch wohl nicht um die Ausdehnung der EU bzw. der sich entwickelnden EU-eigenen GASP (Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik) und WEU (Westeuropäische Union) – der Gemeinsamen Sicherheits-Architektur und Militärstruktur – bis an die GUS-Grenze, sondern um eine Ost-Einnahme durch die NATO. Liest man in einem solchen Kontext die im April in Moskau unterzeichnete «Gemeinsame russisch-chinesische Erklärung zur multipolaren Welt und zur Schaffung einer neuen Weltordnung», wird aus dem *«Bündnis gegen den Westen»* oder *«Signal gegen Vormachtstellung»* tatsächlich ein interessanter Baustein *für* die notwendige Neuordnung der globalen politischen Balance. Bedeutsam dabei ist, dass die GUS explizit als *«wichtiger Faktor der Stabilität und Entwicklung in Eurasien»* genannt wird. Die avisierte multipolare Weltordnung wird ansonsten im Dokument nur vage angedeutet. Es heisst u. a.:

«Die positive Tendenz der Bildung einer multipolaren Welt entwickelt sich mit zunehmender Geschwindigkeit. Die Beziehungen zwischen den mächtigen Staaten verändern sich, auch diejenigen zwischen den ehemaligen Gegnern im Kalten Krieg. Regionale Organisationen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erweisen sich als ausgesprochen lebensfähig. Die Vielschichtigkeit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung aller Länder bestätigt sich; die Rolle derjenigen Kräfte, die für Frieden und eine breite internationale Zusammenarbeit eintreten, wird stärker.

(Beide) Seiten betonen, dass weite Kreise der Entwicklungsländer und die Bewegung der Blockfreien eine wichtige Kraft darstellen, die zur Schaffung einer multipolaren Welt und zum Aufbau einer neuen Weltordnung beitragen. Die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern wird verstärkt. Ihre Rolle in der internationalen Politik wird gestärkt, ihr Anteil an der Weltwirtschaft erhöht. Ein Aufschwung der Entwicklungsländer wird dem historischen Prozess des Aufbaus einer neuen Weltordnung einen kräftigen Impuls verleihen. In der künftigen neuen Weltordnung müssen diese Länder den ihnen mit Recht zustehenden Platz einnehmen und gleichberechtigt und ohne Diskriminierung an den internationalen Angelegenheiten beteiligt sein.»

Dass die *«Rolle der UNO und ihres Sicherheitsrates gestärkt werden muss»*, wird ebenso formuliert wie die Überzeugung, dass UNO wie Sicherheitsrat bei der *«Schaffung und Aufrechterhaltung einer neuen Weltordnung eine wichtige Rolle spielen»* werden. Hinweise auf eine konkrete Umsetzung dieser Erkenntnis fehlen. Ein Ausfluss dieser Politik mag die Tatsache sein,

dass die chinesische Regierung Ende Mai ihre Bereitschaft zur Teilnahme an UNO-Friedensmissionen verkündet hat und bereit ist, Polizisten, Militärbeobachter sowie Pionier-, Transport- und Sanitäts-Einheiten zur Verfügung zu stellen. Präzisieren wir in diesem Zusammenhang erneut mit gebotener Kürze die Möglichkeit (oder Konsequenz), die eine multipolare Weltordnung auf der Basis der *«global areas»* z. B. für den Sicherheitsrat der UNO hat. Erinnern wir dabei an den Vorschlag der DGVN (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen), wonach *«langfristig ... ein europäischer Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzustreben»* sei (These 10), um so *«eine ausgewogene und gleichberechtigte Beteiligung aller Weltregionen an der Willensbildung dieses zentralen UNO-Organs zu erreichen»* (These 33). Jede der neun «global areas» in Form der VSR ist mit einem Sitz und mit einer gültigen Stimme im reformierten UNO-Sicherheitsrat präsent – der zehnte Sitz im obersten Gremium der *«Weltinnenpolitik»* wird vom Generalsekretär der Organisation eingenommen. Und um, trotz aller Probleme bei der Umsetzung dieser Lösung, den Rahmen für das in die Zukunft entworfene Bild noch plastischer werden zu lassen, sei ergänzt, dass die real existierende Organisation der Vereinten Nationen jetzt schon mit folgenden *«regionalen Abmachungen»* wie der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), der Liga der arabischen Staaten oder der Südostasiatischen Gemeinschaft für regionale Zusammenarbeit (hier als «global area» Indo-Asien genannt) zu tun hat – und der GUS oder dem ASEAN-Pakt bald einen ebensolchen Status geben wird. Es sind dies einige der realen Grundlagen in der politischen Landschaft, auf welchen das hier entworfene Bild beruht – wie zu Beginn formuliert. Und es spricht bei einer solchen neuen politischen Balance ja nichts dagegen, dass sich z. B. Europa, Euro-Asien und Amerika zu einer OSZE – zu einer Organisation für Sicherheit, Zusammenarbeit und Entwicklung – unterhalb der UNO-Ebene finden oder die islamischen Staaten oder der asiatisch-pazifische Raum sich auf ein vergleichbares Bündnis einigen können.

Der Mensch, die Menschheit, kann Wandel nicht aufhalten; ebenso wenig wie das Altern von Personen oder Ideen oder Institutionen. Derlei «natürliche» Vorgänge können nur gebremst oder verdrängt werden: bis zur Explosion oder Implosion. Der Widerstand gegen den Verlust vom Dogma des absoluten Herrschers, von Gottes Gnaden oder mit entsprechender Militärmacht ausgestattet, ist für die gegenwärtige wie zukünftige Weltordnung das grösste Problem bei der Umsetzung der Erkenntnisse und Fakten. Erst wenn die Träume von der Rolle des Herren der Welt einer Kooperation der «Sachwalter» Platz gemacht haben, werden die politisch Verantwortlichen die Methode der «Bekämpfung» von inneren oder äusseren Angelegenheiten durch eine der psycho-sozialen Organisation der Transformations-Prozesse ersetzen können. Diese individuelle Formulierung entspricht der politischen Erkenntnis, die der «Agenda für den Frieden» aus dem Jahre 1992 entstammt, wonach *«der soziale Frieden ebenso wichtig ist wie der strategische und politische Frieden»* und wonach das Prinzip der *«Kollegialität»* bzw. das *«einer gemeinsamen Interessenlage erwachsende Gefühl wirklichen Einvernehmens»* conditio sine qua non für eine erfolgreiche Arbeit von UNO und Sicherheitsrat ist: *«Die Suche nach besseren Mechanismen und Techniken»* bleibe allerdings so lange relativ bedeutungslos – formulierte *Boutros Boutros-Ghali* (DGVN-Dokumentation Nr. 43) – *«wie dieser neue Gemeinschaftsgeist nicht von dem Willen getragen wird, die schwierigen Entscheidungen zu treffen ...»*

Ein wesentliches Element beim Poker, und das gilt in der Politik ebenso wie am Stammtisch, ist der Bluff. Doch der funktioniert nur so lange, wie die Karten des Bluffers verdeckt bleiben und er über unbegrenzte Mittel verfügt. Die Zeiten, wo beim politischen Poker der Gegner mit verdeckten Karten quasi zu Tode gereizt werden kann, gehören seit 1989/1990 allerdings der Vergangenheit an. Die Karten sind neu gemischt und liegen allzu offen auf dem Tisch! Der Bluff von Potentaten verliert immer mehr seine Magie. Ohne tiefgreifende Veränderung alter Gewohnheiten wie Aufgabe alter Besitzstände wird es nicht gehen – dieses Faktum ist der Kern vom Umsetzungsproblem, mit dem die Menschheit beim Aufbruch ins 21. Jahrhundert konfrontiert ist. Und es muss – last but not least – erkannt werden, dass es sich hierbei ja um eine *«christliche Zeitrechnung»* handelt: Chinesen haben eine andere, ebenso wie Mohammedaner, Juden, Tibeter oder z. B. Indianer im Norden wie im Süden der amerikanischen Hemisphäre. Wir leben realiter in und mit verschiedenen Zivilisations-Zeiten – aber nicht in einer ersten, zweiten, dritten oder gar vierten Welt: Davon steht uns nur eine zur Verfügung. ✦

GERT HENSEL, selbstständiger Publizist, seit 1985 in Erbach im Odenwald beheimatet. Geboren am 2. Oktober 1937 in Johannisburg/Ostpreussen; Flucht im Januar 1945 über Königsberg nach Schleswig-Holstein, Rhein- und Saarland, Berlin sowie Hessen. Ausbildung und Arbeit als Journalist bei Saarbrücker Zeitung, Spandauer Volksblatt, Liberale Zeitung, Sender Freies Berlin, Hauptabteilung FS-Politik; seit 1978 selbständig. Zentrales Thema der Berichterstattung (Hörfunk und Zeitschriften) ist das Schicksal indianischer Völker und Volks-Gruppen in Nord-Amerika wie bei der UNO in Genf. Redakteur: «Der Völkermord geht weiter – Indianer vor dem IV. Russell-Tribunal», rororo-aktuell TB 4839 (1982); Autor: «Strahlende Opfer – Amerikas Uran-Industrie, Indianer und weltweiter Überlebenskampf» (1987); in Arbeit: «Von Minderheiten und Menschen – Anzeichen einer globalen und multi-polaren Ordnung» und Studien zu H. G. Wells.